

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 12/15

16.10.2015



Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 15. Oktober im Deutschen Bundestag © Bundesregierung/Marvin Ibo Güngör

Asylrechtsreform beschlossen

Mit einer Regierungserklärung hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Donnerstag im Parlament die Debatte eröffnet. Die Kanzlerin informierte den Bundestag über das bevorstehende Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. Oktober in Brüssel, bei dem es hauptsächlich um die Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa geht. „Wir brauchen ein solidarisches Europa“, betonte die Kanzlerin. Es sei nicht akzeptabel, die Flüchtlingssituation „zu einem Problem einzelner Mitgliedsstaaten zu erklären.“ Sie erwarte, dass alle Mitgliedsstaaten einen fairen Beitrag bei der Aufnahme von Asylsuchenden leisten. „Wir brauchen einen dauerhaften und verbindlichen Verteilungsschlüssel“, bekräftigte sie.

Schwerpunkt der Beratungen im Europäischen Rat ist vor allem die Umsetzung der Beschlüsse des Sondertreffens vom 23. September. Dazu gehören u.a. die Einrichtung von Hot Spots an den EU-Außengrenzen, die Aufstockung der Mittel zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ländern Afrikas sowie verstärkte Hilfsmaßnahmen für die Nachbarstaaten Syriens, die bisher den Großteil der Flüchtlinge aufgenommen haben. So soll eine Milliarde Euro zusätzlich, u.a. für das Welternährungsprogramm, bereit gestellt werden. „Wir müssen stärker mit der Türkei zusammenarbeiten, um kriminellen Schlepperbanden das Handwerk zu legen“, betonte Merkel außerdem. Es könne nicht sein, dass zwischen zwei Nato-Staaten – Griechenland und der Türkei – Schlepper den Meeresraum beherrschen, so die Kanzlerin.

Asylrechtsreform und Unterstützung für Länder und Kommunen

Der Deutsche Bundestag verabschiedete im Anschluss ein Gesetzespaket zur Bewältigung der Flüchtlingssituation in Deutschland. Es beinhaltet u.a. die finanzielle Unterstützung des Bundes für Länder und Kommunen, starke Einschränkungen für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive sowie verstärkte Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber mit Bleibeperspektive (siehe auch rechte Spalte).

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Seit dem Sommer sind jedoch so viele Flüchtlinge zu uns gekommen, dass dies nicht auf Dauer so weitergehen kann. Viele Städte, aber auch viele haupt- und ehrenamtliche Helfer, sind an ihren Leistungsgrenzen. In dieser Woche haben wir das Asylrecht weitgehend reformiert – es ist die umfassendste Änderung des Asylrechts seit den neunziger Jahren.

Die Beschlüsse zum Asylrecht kommen spät, aber sie kommen nicht zu spät. Hätten nicht SPD und Grüne sinnvolle Regelungen über Jahre hinweg blockiert, hätten sich tausende Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive in Deutschland gar nicht erst auf dem Weg zu uns gemacht. Gut, dass wir uns als CDU und CSU jetzt durchgesetzt haben: Schnellere Asylverfahren, leichtere Rückführungen für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive, mehr sichere Herkunftsländer, Sachleistungen statt Bargeldleistungen und höhere Strafen für Schleuser sind nun im Bundestag beschlossene Sache. Das reduziert auch die Sogwirkung nach Deutschland.

Wir bekennen uns dazu, Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen. Ihnen helfen wir und setzen verstärkt auf Integration – in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin

Freihandelsabkommen

TPP und TTIP

Die USA und elf weitere Pazifikstaaten haben am 5. Oktober mit dem Transpacific Partnership (TPP) das weltweit größte Handelsabkommen geschlossen. Die TPP-Länder – dazu gehören die USA, Japan, Kanada, Australien, Mexiko, Chile, Peru, Malaysia, Brunei, Vietnam, Singapur und Neuseeland – sind zusammen für rund 40 Prozent des Welthandels verantwortlich.

„Europa muss das eigene transatlantische Abkommen TTIP mit den USA jetzt schnell aushandeln“, kommentierte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Fuchs, die Entwicklung. Sonst bestünde die Gefahr, dass Europa durch den wirtschaftlich schnell wachsenden Pazifikraum im Welthandel abgehängt werde. Außerdem müsse die EU schnell die Chance ergreifen, die globalen Handelsregeln zu prägen. So sieht die Bundesregierung mit TTIP die Möglichkeit, den bisherigen Investitionsschutz zu reformieren und hohe Standards für einen modernen Investitionsschutz sowie für Verbraucher-, Umwelt-, Datenschutz und Arbeitnehmerrechte zu setzen, die Vorbild für nachfolgende Abkommen sein können.



Justus Walter, Schüler des Essener Burggymnasiums, hat im Oktober ein Praktikum bei Matthias Hauer MdB im Deutschen Bundestag absolviert und den Abgeordneten bei seiner Arbeit begleitet – wie hier im Paul-Löbe-Haus, wo auch die öffentliche Anhörung zur Wohnimmobilienkreditrichtlinie stattfand.

Widerruf beim Verbraucherkredit

Am 14. Oktober befragten die Bundestagsabgeordneten im Rahmen einer öffentlichen Anhörung Sachverständige zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Das Gesetz sieht insbesondere auch eine Neuregelung beim Widerruf von Verbraucherkrediten vor. Widerrufsrechte ermöglichen dem Verbraucher, der bei einem Kreditinstitut einen Kredit aufnimmt, sich innerhalb einer bestimmten Frist ohne Angabe von Gründen durch eine entsprechende Erklärung von dem Vertrag zu lösen. Dies ist ein Thema, das bei Bankkunden auf der einen Seite und bei Kreditinstituten auf der anderen Seite in den letzten Jahren für viel Streit gesorgt hat. Matthias Hauer MdB fragte daher die Sachverständigen, welche Lösungen sie für Alt- und Neuverträge für richtig halten. „Die Verbände und Sachverständigen haben ihre Stellungnahmen in der Anhörung noch einmal vertieft dargestellt. Das Widerrufsrecht ist eine bedeutende Regelung des Verbraucherschutzes, aber auch Rechtssicherheit ist wichtig“, so Matthias Hauer.

Essener Jugendliche zu Gast bei Matthias Hauer in Berlin



Am 1. und 2. Oktober haben zwei Essener Jugendgruppen Matthias Hauer MdB in Berlin besucht: die Klasse 10 e der Frida-Levy-Gesamtschule sowie eine Jugendgruppe aus Werden, geleitet von Monika Watermann vom Jugend- und Bürgerzentrum Werden. Im Mittelpunkt stand neben einem Vortrag im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes auch ein Gespräch mit Matthias Hauer zu aktuellen politischen Themen. © Deutscher Bundestag

Essen



Gespräch bei Europol in Den Haag

Am 12. Oktober hat Matthias Hauer MdB gemeinsam mit einer Gruppe aus Essen Den Haag besucht. Auf dem Programm stand unter anderem ein Gespräch beim Europäischen Polizeiamt Europol. Europol arbeitet eng mit den Polizeibehörden der 28 EU-Mitgliedsstaaten zusammen und unterstützt sie bei der Verhütung und Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terrorismus und anderen Formen der schweren Kriminalität. Mit dem Leiter des deutschen Verbindungsbüros tauschte sich Matthias Hauer anlässlich des Treffens auch über Themen der Kriminalitätsbekämpfung beim Zahlungsverkehr aus. Dafür und für weitere Themen aus dem Finanzbereich ist Matthias Hauer in der Unionsfraktion zuständig.

Kupferdreh: 25 Jahre Deutsche Einheit

Die CDU hat im Kupferdreher Jugendstilsaal „Bei Preute“ den Tag der Deutschen Einheit gefeiert. „25 Jahre Deutsche Einheit – das ist wahrlich ein Grund zum Feiern! Es ist gut, dass die CDU diese traditionelle Veranstaltung durchführt“, betonte Matthias Hauer MdB. Am 3. Oktober 1990 trat der Einigungsvertrag in Kraft, mit dem die Teilung Deutschlands nach 45 Jahren überwunden wurde. In diesem Jahr fand die jährliche Festveranstaltung schon am Vorabend des 3. Oktober statt. Festredner war der ehemalige Vizepräsident des NRW-Landtages und langjährige Landessynodaler der Evangelischen Kirche im Rheinland, Dr. Hans Ulrich Klose.



Botschafter für Paragolf-Initiative

„Jeder hat ein Handicap“ – unter diesem Motto startet Golfspieler, Rollstuhlfahrer und Rechtsanwalt Ralf Bockstedte aus Essen am 29. Oktober eine Paragolf-Initiative. Etwa 50 Botschafter aus Politik, Kultur und Sport, darunter auch Matthias Hauer MdB, unterstützen diese Initiative für mehr Barrierefreiheit im Sport. „Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen“, betont Matthias Hauer. „Daher helfe ich gern dabei, dass diese Initiative möglichst viele Menschen erreicht.“ Die Paragolf-Initiative will Leistungszentren in Deutschland aufbauen, ein professionelles Gütesiegel für Golfclubs hinsichtlich Barrierefreiheit verleihen und auch Senioren sowie wie frisch verunfallte Menschen beraten.

Matthias Hauer bei der MIT der CDU NRW: Thema „Industrie 4.0“



Matthias Hauer MdB hat am 10. Oktober an der Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW in Düsseldorf teilgenommen. Die Delegierten diskutierten vor allem das Thema „Industrie 4.0“ – in derselben Woche war Matthias Hauer dazu auch bei einer Veranstaltung der IG Metall in Essen zu Gast. „Gerade im Ruhrgebiet ist das ein wichtiges Thema, das wir engagiert angehen müssen“, so der Essener Bundestagsabgeordnete.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

